

Zielscheibe Neoliberalismus

Breites Unbehagen greift nach einem Begriff

Von Paul Schneeberger*

Der Begriff «Neoliberalismus» hat Konjunktur, aber eine schlechte Presse. Ursprünglich stand er für eine ökonomische Theorie, die wirtschaftliche Freiheit und Selbstverantwortung auf der Basis eines funktionierenden Wettbewerbs postuliert. Mittlerweile haben sich jene seiner bemächtigt, die dem Ökonomismus Einhalt gebieten wollen, der seit dem Kollaps des Sowjetimperiums die Erste und die Zweite Welt sowie die massgebenden internationalen Organisationen ideell dominiert.

Oxford, April 1989: Der Schweizer, den es eines Sprachaufenthalts wegen für einige Monate in das Mutterland der globalen Lingua franca verschlagen hat, staunt. An der Bushaltestelle machen nicht nur die Doppeldecker Station, die mit England gemeinhin in Verbindung gebracht werden, sondern auch Minibusse, welche dieselben Destinationen verheissen. Zwei Jahre zuvor war der Busverkehr in Grossbritannien ausserhalb Londons dereguliert worden. Der bisherige Konzessionär der Buslinien in Oxford war in die Hände seiner Belegschaft übergegangen, und mit den Minibussen hatte sich eine neu gegründete Gesellschaft in die Strassen der Universitäts- und Autostadt vorgewagt. Ungewohnt sind auch die einfachen öffentlichen Telefone neuer Anbieter, die den brandneuen Kabinen von British Telecom Gesellschaft leisten – jener British Telecom, die eben erst als private Gesellschaft aus dem staatlichen Monopolbetrieb hervorgegangen war. Und schliesslich finden in den Medien Diskussionen über Sinn oder Unsinn statt, den Betrieb von Eisenbahn und Wasserversorgung in die Hände privater Aktionäre zu legen.

Von der Insel auf den Kontinent

Was der junge Journalist jenseits des Ärmelkanals umgesetzt oder geplant sieht, erklärt er sich damit, dass es England von der nach dem Land benannten Krankheit zu heilen gelte. Immerhin hatten in den 1970er Jahren hohe Inflationsraten, ein geringes Wirtschaftswachstum, Arbeitskonflikte und Versorgungsschwierigkeiten die Insel erschüttert. Die Idee, dass solches auch in seiner Heimat ernsthaft Thema werden könnte, liegt ihm fern. Weshalb auch? Die Schweiz gilt allen Krisen zum Trotz, die auch sie erfasst hatten, mit ihrer geringen Teuerung, ihren tiefen Arbeitslosenzahlen, ihrem hohen Lebensstandard und ihrem exzellenten öffentlichen Dienst im internationalen Vergleich als Musterkabe.

Bern, Oktober 2002: Derselbe Journalist hat von einer Versammlung zu berichten, an der rund 200 Gewerkschafter des öffentlichen Nahverkehrs in der Schweiz teilnehmen. Thema sind Wettbewerb und Marktöffnung. Die Busfahrer, die meisten von ihnen für staatliche oder parastaatliche Betriebe tätig, sind verunsichert. Besorgt lauschen sie dem, was ein Genosse Funktionär aus Berlin berichtet. Er macht deutlich, dass leere Gemeindegassen sowie Bestrebungen der Europäischen Kommission in Deutschland den Wettbewerb im Nahverkehr «nicht mehr verhindern» lassen. Obwohl offen ist, ob es auch in der Schweiz je grossflächig dazu kommen wird, schlägt die Betroffenheit im Saal in Zorn um: Da mache man während Jahren einen guten Job, und dann wollten eines die neoliberalen Ideologen und Politiker ans Portemonnaie, die selbst Abzockereien in Chefetagen und Firmenpleiten zu verantworten hätten, so der Tenor.

Skepsis und begriffliche Unschärfe

Die verbalen Fäuste, die an diesem Anlass geballt werden, sind exemplarischer Ausdruck für die Auseinandersetzung um die Rollen von Staat und Markt in unseren Tagen. Wie meistens, wenn

Debatten die Behaglichkeit akademischer Studienstuben verlassen und sich dem rauhen Wind aussetzen, den Politik und unmittelbar Betroffene machen, wird der Gehalt umstrittener Begriffe nicht präziser. Zufällig ist «der» Neoliberalismus aber nicht ins Kreuzfeuer geraten. Zwar entsprechen die ökonomisch dominierten politischen und gesellschaftlichen Konzepte, die, ausgehend von den USA und Grossbritannien, im vergangenen Jahrzehnt in weiten Teilen Amerikas und Europas dominant wurden, nicht den reinen Lehren neoliberaler Theoretiker (siehe den Artikel auf der folgenden Seite). Indessen sind Ersteren sehr wohl entscheidende Ingredienzien Letzterer eigen, wie Kritiker des ökonomistischen Zeitgeistes mit globalem Anspruch betonen.

Ihre «ökonomischen Eckpfeiler» seien «einfach auszumachen», schreibt etwa der Hamburger Sozialökonom Ralf Ptak: «Umfassende Deregulierung der Wirtschafts- und Sozialordnung zugunsten von Wettbewerb und Individualisierung, Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Unternehmen und Leistungen, Steuersenkungen und Reduzierung der Sozialausgaben, marktorientierte Lohnpolitik sowie eine restriktive Geldpolitik.»

Folgeeffekte

Anlass zu wissenschaftlicher und publizistischer Kritik bieten primär die Konsequenzen dieser Entwicklung: Der französische Historiker und Anthropologe Emmanuel Todd konstatiert unter dem Titel «Die neoliberale Illusion», dass «genau zu dem Zeitpunkt, wo die entwickelte Welt soeben eine Art von goldenem Zeitalter erreicht zu haben glaubt, das eine gerechte Einkommensverteilung mit einem vernünftigen Sozialversicherungssystem verbindet, erneut objektiv feststellbare Ungleichheiten aufkommen, die das Konzept der Ungleichheit als gesellschaftlich vorteilhaft verteidigen».

Nicht nur die Tatsache, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich wieder öffnet, verstärkt das Unbehagen gegenüber der von den weltweit massgebenden Meinungsführern postulierten neuen Verteilung der Rollen von Staat und privater Wirtschaft. Wesentlich dazu beigetragen haben auch die «Folgeeffekte des «Neoliberalismus»», die der Zürcher Soziologe Kurt Imhof im Juni 2002 in diesen Spalten auf die Schweiz bezogen konstatiert hat – insbesondere das Verhalten einer «völlig neuen», einseitig auf die Wirtschaft konzentrierten Elite, welche «die politische und ökonomische Erfolgsgeschichte» des Landes negiere (NZZ vom 7.6.02). Diese sei, zumindest vorübergehend, davon ausgegangen, dass «Marktlogik und Moral deckungsgleich» seien. Mit Blick auf Steuer- und Standortvorteile hätten ihre Exponenten die «systematische Erpressung der demokratisch verankerten Institutionen» als «moralisch korrekt», ja notwendig erachtet.

Befürworter vermeiden den Begriff

Just hier haken Verfechter jener Schulen ein, die in der ökonomischen Theorie als neoliberal apostrophiert werden: In den Wirtschaftsordnungen, die sie postulierten, habe amoralisches Ver-

halten keinen Platz. Auch verbiete sich zu starker Druck auf den Staat, bedürfe es doch seiner, um die Freiheit der Individuen und den Wettbewerb gegen monopolistische Tendenzen zu schützen. Indessen scheint es fraglich, ob es ihnen je gelingen wird, den negativen Gehalt des populären Begriffs Neoliberalismus durch den positiven des wissenschaftlichen Terminus zu ersetzen, dem sie sich verpflichtet fühlen. Deutlich wird das insbesondere dadurch, wie Neoliberalismus auf der politischen Bühne verwendet wird. Während sich die Gegner weiterer Liberalisierungs- und Privatisierungsschritte seiner in einer abwertenden Weise bedienen, machen ihre Befürworter einen Bogen um ihn herum.

In einer Artikelserie der «Berner Zeitung», in der Politiker und Sozialpartner vor gut einem Jahr die «Privatisierung öffentlicher Aufgaben» diskutierten, charakterisierte der sozialdemokratische Berner Nationalrat Rudolf Strahm Neoliberalismus als einen «Marktfundamentalismus», der an seinen «inneren Widersprüchen zugrunde gehen» werde, insbesondere an seiner Doktrin «Gewinne privat – Verluste dem Staat». Gefragt sei eine «undogmatische Diskussion um einen neuen nationalen Konsens zur Frage Markt oder Staat». Seine christlichdemokratische Aargauer Kollegin Doris Leuthard bezeichnete den «Leistungs- und Erfolgsausweis des Neoliberalismus» als «bescheiden». Sie hält ihm die «soziale Marktwirtschaft» entgegen: ein «zukunftsfähiges System für das 21. Jahrhundert».

Unbestrittener Primat der Politik

Derselben Begrifflichkeit bediente sich Gerold Bührer, der damalige Präsident der Freisinnig-Demokratischen Partei, jener politischen Gruppierung in der Schweiz, die immer wieder gescholten wird, Bannerträgerin des Zeitgeistes mit einseitig ökonomischem Primat zu sein. Die FDP, schrieb er, trachte seit je danach, «wirtschaftliche und soziale Anforderungen auf freiheitlichem Weg nachhaltig zu lösen». Der «Primat der Politik, basierend auf unserer direktdemokratischen Willensbildung», sei für sie «unbestritten». Bührer vermied den Begriff Neoliberalismus, nannte aber zwei Phänomene, die in der Kritik oft und gerne unter diesem subsumiert werden: die «kurzfristige und einseitige Shareholder-Value-Doktrin», welche die FDP «aus ökonomischen und politischen Gründen» stets verworfen habe, und die «vermehrte Internationalisierung der Märkte», die «zeitweiligen Gegenbewegungen zum Trotz eine Realität bleiben» werde.

Auch der Präsident des Arbeitgeberverbandes, Peter Hasler, redete einer «sozialen Marktwirtschaft» das Wort, und zwar als «moderner Form des ökonomischen (Neo-)Liberalismus». Den Terminus Neoliberalismus sieht er insofern diskreditiert, als sich grundsätzliche Kritiker des Kapitalismus seiner als Kampfformel bedienten, mit der sie «die ganze freiheitliche Marktwirtschaft töteten» wollten. Zutass gekommen sei ihnen dabei die traditionelle Offenheit des Begriffs. Den Neoliberalismus geradezu links liegen liess schliesslich der starke Mann der Schweizerischen Volkspartei, Christoph Blocher: «Wo der

freie Markt, wo Konkurrenz und Wettbewerb möglich sind, kann nur die private Marktwirtschaft die Bedürfnisse der Menschen befriedigen. Die Staatswirtschaft ist untauglich.»

Unmittelbare Betroffenheit

Der Begriff Neoliberalismus ist also nicht nur bei unmittelbar Betroffenen und in der breiten Öffentlichkeit, sondern auch auf dem politischen Parkett zu einer Zielscheibe von Unbehagen geworden. Von Unbehagen ob den Entwicklungen, die in den 1990er Jahren in Wirtschaft und Gesellschaft Platz gegriffen haben. Das, obwohl gerade in der Schweiz etliches, was diesbezüglich weltweit vorangetrieben wird, vorerst direktdemo-

kratisch ausgebremst wurde, beispielsweise in der Elektrizitätswirtschaft. Ausschlaggebend sind die unmittelbaren persönlichen Erfahrungen, die stärker als in den Jahrzehnten vor 1990 von Unsicherheit geprägt sind – vor allem in Bezug auf den Arbeitsplatz, aber auch auf die Lebensumstände überhaupt.

Zum einen ist das die Rückseite jener Medaille, auf der grosse Lettern «mehr Freiheit» verheissen. Zum anderen ist im Zuge der bereits erfolgten oder erst postulierten Reformen ganz einfach zu wenig bedacht worden, was Emmanuel Todd grundsätzlich festhält: Ökonomische Modelle können nur zum Tragen kommen, wenn die jeweiligen kulturellen und anthropologischen Rah-

menbedingungen, Mentalitäten und Traditionen also, ausreichend berücksichtigt werden. Oder an einem Beispiel konkret ausgedrückt: In England mag es sinnvoll sein, dass zwei verschiedene Busunternehmen dieselbe Linie befahren. In der Schweiz kaum. Das galt 1989, und das gilt auch heute noch.

Literatur:

Ralf Ptak: Ordoliberalismus – Zur Entwicklung des Neoliberalismus in Deutschland, in: Werner Goldschmidt u. a. (Hg.): Neoliberalismus – Hegemonie ohne Perspektive, Distel-Verlag, Heilbronn 2000, S. 194–212.

Emmanuel Todd: Die neoliberale Illusion – Über die Stagnation der entwickelten Gesellschaften, Zürich 1999.

* Paul Schneeberger ist Inlandredaktor der NZZ.